

Machtwort von Kanzler Scholz in Meseberg nötig: FDP muss Geisterfahrt bei Verkehr beenden

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Vor Kabinettsklausur: Germanwatch fordert Ampelkoalition auf, den Ausbau von Autobahnen zu stoppen und sich stattdessen auf Schienenausbau und Sanierungen zu konzentrieren

Berlin (3. März 2023). Vor der am Sonntag beginnenden Kabinettsklausur in Meseberg fordert die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die Regierungskoalition auf, im klimapolitisch dramatisch vernachlässigten Verkehrssektor endlich vom Streit- in den Handlungsmodus zu kommen. „Während viele und vor allem junge Menschen heute auch gegen die verfehlte Verkehrspolitik auf die Straße gehen, unterminieren Teile der FDP die im Koalitionsvertrag zugesagte Mobilitätswende. Bundeskanzler Scholz muss ein Machtwort sprechen: Wir brauchen keinen Ausbau von Autobahnen, sondern die Sanierung von Brücken und deutlich mehr als eine Verdoppelung der Investitionen in das Schienennetz“, fordert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

Bals weiter: „Wenn die FDP nicht bereit ist, die für den Fernstraßenneu- und -ausbau vorgesehenen Mittel in die Schiene umzuschichten, wird der Rechtsbruch des Verkehrsministers beim Klimaschutzgesetz über 2030 hinaus verlängert. Die heutige

Langfrist-Verkehrsprognose Wissings bestätigt stark den Eindruck, dass der Minister vor der Herausforderung der Verkehrsverlagerung auf die Schiene bereits eingeknickt ist.“

Verkehrsprojekte mit modernen Klimakriterien neu bewerten

Germanwatch fordert den sofortigen Stopp aller Fernstraßenprojekte und eine anschließende Neubewertung, auch nach modernen Klimakriterien. „Die Verkehrsplanung basiert bis jetzt auf zweifelhaften Prognosen und ideologiegeleiteten Kosten-Nutzen-Rechnungen. Alle Projekte sollten mit zeitgemäßen Kriterien überprüft und auf die aktuellen Klimaziele zugeschnitten werden“, so Jacob Rohm, Referent für klimafreundliche Mobilität bei Germanwatch. Gleichzeitig muss der Ausbau der Schiene beschleunigt werden. Rohm: „Ein weiterer Ausbau von Fernstraßen schafft Anreize für noch mehr Verkehr, vor allem bei LKWs. So löst man kein Stau-Problem und kommt erst recht nicht den Klimazielen im Verkehr näher. Autofahrerinnen und -fahrern sowie der Wirtschaft hilft am wirkungsvollsten eine Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene. Seriöse Politik sollte sich dadurch auszeichnen, in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel nach klaren Kriterien zu priorisieren.“

Kontakte für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Katarina Heidrich
Pressereferentin

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Studie zu Zuckerreduktion in Softdrinks: „Das Prinzip Freiwilligkeit hat versagt“

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Presse-Statement

Berlin, 21. Februar 2023. Der durchschnittliche Zuckergehalt in Softdrinks ist in den vergangenen sechs Jahren laut einer Studie der Deutschen Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten (DANK) um nur etwa zwei Prozent gesunken. Dabei hat die Lebensmittelindustrie im Rahmen der „Nationalen Reduktionsstrategie“ deutlich mehr versprochen. Dazu erklärt Luise Molling von der Verbraucherorganisation foodwatch:

*„Das Prinzip Freiwilligkeit hat im Kampf gegen Fehlernährung und Übergewicht komplett versagt. Wer die Lebensmittelindustrie weiter nur höflich darum bittet, weniger Zucker in die Getränke zu tun, der macht sich mitverantwortlich für die Ausbreitung von **starkem Übergewicht** und der damit verbundenen Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes. Bundesernährungsminister Cem Özdemir muss die von seiner Vorgängerin Julia Klöckner ins Leben gerufene freiwillige Reduktionsstrategie einstampfen und eine Limo-Steuer nach britischem Vorbild einführen: Dort bekommen Softdrink-Hersteller seit 2018 durch die drohende Abgabe einen Anreiz,*

*weniger Zucker einzusetzen – und das mit Erfolg: Der Zuckergehalt in den Getränken ist um 30 Prozent gesunken und auch die **Zahl der übergewichtigen Kinder ist zurückgegangen.**“*

Hintergrund:

Im Rahmen der Nationalen Reduktionsstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat die Lebensmittelindustrie versprochen, den Zuckergehalt in Softdrinks von 2015 bis 2025 auf freiwilliger Basis um 15 Prozent zu senken. Einer Studie der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und der Technischen Universität München (TUM) zufolge, ist der Zuckergehalt zwischen 2018 und 2023 tatsächlich nur um zwei Prozent heruntergegangen. In Großbritannien, wo es seit 2018 eine Limo-Steuer gibt, ist der Zuckergehalt im gleichen Zeitraum um knapp 30 Prozent gefallen, bei ähnlichen Ausgangswerten.

Weltweit haben mittlerweile mehr als 50 Regierungen eine Abgabe oder Steuer auf Zuckergetränke eingeführt. Fachgesellschaften, die Weltgesundheitsorganisation, Verbraucherorganisationen und Krankenkassen empfehlen seit Jahren die Einführung einer entsprechenden Regelung auch in Deutschland.

Quelle und weiterführende Informationen:

- [Pressemitteilung inkl. Studie der DANK](#)
- [Übersicht: Soft drink taxes worldwide](#)
- [Studie zum Zusammenhang der britischen Limo-Steuer und Übergewicht](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Dario Sarmadi

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)174 375 16 89

Misereor-Fastenbier: Nachhaltiger Genuss für den guten Zweck

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Ab Aschermittwoch ist das alkoholfreie Bier von Neumarkter Lammsbräu bei teilnehmenden Bioläden und gut sortierten Getränkefachmärkten erhältlich

Auch in diesem Jahr gibt es während der Fastenzeit wieder das alkoholfreie Misereor-Fastenbier im Biohandel zu kaufen. Die Bio- Brauerei Neumarkter Lammsbräu hat dieses Bier für Misereor entwickelt. Es wird ab Aschermittwoch bis zum Ende der Fastenzeit angeboten. Mit dem Fastenbier greift Misereor eine alte bayerische Tradition auf. Für jede verkaufte Flasche erhält Misereor eine Spende für die Projektarbeit.

Gemeinsam bieten das katholische Werk für

Entwicklungszusammenarbeit Misereor und der Bio-Pionier Neumarkter Lammsbräu eine alkoholfreie Alternative zum hochprozentigen Starkbier an. In Klöstern hat Fasten eine lange Tradition. Flüssige Nahrung war in der Fastenzeit erlaubt, weshalb findige Mönche auf die Idee kamen, dünnes Bier nahrhafter zu machen. Die Rezepte für das „flüssige Brot“ reichen bis ins frühe Mittelalter zurück, es hat mitunter bis zu 11 Vol.-% Alkohol. Das Misereor-Fastenbier ist die bislang einzig bekannte alkoholfreie Variante des Fastenzeit-Biers. Das Bier ist ideal für alle, die in der Fastenzeit auf Alkohol verzichten wollen.

Seit 2018 unterstützt das Familienunternehmen Neumarkter Lammsbräu die Misereor- Fastenaktion mit ihrer Interpretation des Fastenbiers. Seit Jahrzehnten gilt für die Familienbrauerei aus der Oberpfalz der Grundsatz, immer im Einklang mit der Schöpfung das bestmögliche Produkt auf absolut nachhaltige Art und Weise herzustellen. Dazu gehört das Vertrauen auf traditionelle Braukunst ebenso wie der ausschließliche Einsatz hochwertigster Brau-Rohstoffe aus dem ökologischen Landbau: ganze Aromahopfen-Dolden und in der hauseigenen Mälzerei erzeugtes Malz aus Bio-Getreide.

Das Misereor-Fastenbier eignet sich hervorragend zum Fastenessen. Zu kaufen gibt es das Bier unter anderem in vielen Filialen von Denns und Alnatura oder im gut sortierten Getränkehandel.

Weitere Informationen finden Sie unter: [Mitmachangebote der Fastenaktion \(misereor.de\)](https://www.misereor.de/mitmachangebote).

Friedensaktionen in über 20 Städten geplant

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Pressemitteilung

Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“

21. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine zum ersten Mal: Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ rufen 18 Friedensgruppen zu Protesten gegen den Krieg und für Frieden auf.

Am Wochenende des Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf sein Nachbarland Ukraine gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich an Protesten für ein Ende des Krieges zu beteiligen. Ein Bündnis aus 18 Friedens-, Umwelt- und antifaschistischen Gruppen hat zu Aktionen aufgerufen, die in mehr als 20 Städten geplant sind:

- In Berlin wird bereits am Donnerstag, 23. Februar, ab 18 Uhr ein großes – 10 Meter im Durchmesser – PEACE-Zeichen aus Kerzen vor dem Brandenburger Tor aufgebaut sein. Dazu wird es Reden, u. a. von Rudi Friedrich (Connection e.V.), zur aktuellen Lage von Kriegsdienstverweigerer*innen und von Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine geben.
- In Frankfurt am Main beginnt am Freitag, 24. Februar, um 17 Uhr eine Demonstration an der Konstablerwache, vorbei an den ukrainischen und russischen Konsulaten bis zur Alten Oper, wo es eine Abschlusskundgebung mit mehreren

Redner*innen geben wird. Auch dort wird ein PEACE-Zeichen aus Kerzen aufgebaut.

- In Köln ist für Samstag, 25. Februar, um 17 Uhr auf dem Alten Markt eine Demonstration geplant, bei der es inhaltlich auch um die Gefahr eines Atomkriegs gehen wird. Grund dafür ist die aktuelle Stationierung von Bundeswehr-Kampffjets in Nörvenich nahe Köln, die im Ernstfall die letzten in Deutschland gelagerten US-Atombomben ins Ziel fliegen sollen.
- Friedensaktionen sind zudem in Bonn, Bochum, Elmshorn, Freiburg, Gammertingen, Halle (Saale), Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Langen, Limburg, Mainz, Nördlingen, Stuttgart, Ulm, Worms und weiteren Orten zwischen dem 24. und 26. Februar geplant – Details finden sich auf der Bündniswebsite: www.stoppt-das-toeten.de

Das „Stoppt das Töten“-Bündnis ruft auch zum Abbruch des Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung auf. Im Gegensatz zu anderen für das Wochenende kursierenden Protestaufrufen fordert das Bündnis eindeutig „den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine“. Dem Bündnis ist zudem eine klare Abgrenzung nach rechts wichtig. Man lade alle Menschen ein, sich an den Aktionen gegen Krieg und Aufrüstung zu beteiligen, aber: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmythen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine klare Absage.“

Neben den Aktionen auf der Straße bietet das Bündnis auch eine Webinarreihe mit Vorträgen und Diskussionen etwa zu „Zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung anhand von Beispielen aus Belarus und der Ukraine“, „Rechten Vereinnahmungsversuchen in der Friedensbewegung“, „Deutschen Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine“ sowie zur „innenpolitischen Lage in

Russland“ an.

Eine Übersicht über die Webinare, den vollständigen Aufruf, eine Aktionsübersicht sowie weitere Informationen gibt es auf der Website des Bündnisses: www.stoppt-das-toeten.de

Bei Fragen und für Interviews stehen wir gerne zur Verfügung!

Pressekontakte:

Attac: Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180 714

DFG-VK: Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

Netzwerk Friedenskooperative: Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

VVN-BdA: Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Aufrufende Organisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | Attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ökumenische FriedensDekade | Ohne Rüstung Leben | Ökumenische FriedensDekade | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

–

Lena Zoll

Pressesprecherin

Attac Deutschland

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt a.M.

lena.zoll@attac.de

Klimaneutrale Fernwärme: Viele Pfade zum Kohleausstieg

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



ifeu – Institut für Energie- und
Umweltforschung Heidelberg gGmbH

Beim Umbau der Fernwärme-Versorgung in den Kommunen gibt es keine „One-Size-Fits-All“-Lösung. Ob Wärme aus Flusswasser, großflächiger Solarthermie, Industrieabwärme, Müllverbrennung oder Wärmequellen im Boden: Eine neue Studie für das Umweltbundesamt zeigt, welche Möglichkeiten Versorger beim Abschied von Gas und Kohle haben und was die Bundesregierung tun muss, um den Umbau zu beschleunigen.

Raus aus der Kohle, rein ins Heizen mit erneuerbaren Energien: Die Untersuchung „Dekarbonisierung von Energieinfrastrukturen“ im Auftrag des Umweltbundesamt macht deutlich, wie stark die Planungen für das Wärmenetz der Zukunft von den lokalen Randbedingungen abhängig sind.

Untersucht wurden verschiedene Möglichkeiten für sechs

Fernwärmesysteme, die für die Vielfalt der Wärmenetz-Strukturen in Deutschland stehen: Aachen, Karlsruhe, Chemnitz, Hamburg, Spremberg (Brandenburg) und Großkrotzenburg (Hessen). Alle diese Orte sind bisher stark auf Wärme aus Kohlekraftwerken angewiesen, die sie im Zuge des Kohleausstiegs ersetzen wollen. Gemeinsam mit ihnen haben die Forschenden Wege zur treibhausgasneutralen Fernwärmeversorgung bis 2045 untersucht.

„Um 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen, sind erneuerbare Energien in der Fernwärme ein ganz entscheidender Schritt. Doch bei der Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien gibt es kaum Patent-Lösungen“, sagt Dr. Sara Ortner, Studienleiterin am ifeu.

Von Flusswasser-Wärmepumpe bis Müllverbrennung

Der Ort **Spremberg** könnte stark auf Solarthermie und einen großen Wärmespeicher setzen, der Energie im Sommer aufnehmen und im Winter abgeben kann. **Großkrotzenburg** (Hessen) plant die Erzeugung eines Großteils der Wärme durch eine Wärmepumpe mit Wasser aus dem Main. **Aachen** könnte die Wärmeauskopplung aus einer bestehenden Müllverbrennung realisieren und in **Karlsruhe** kann die zukünftige Wärmeversorgung vor allem auf industrieller Abwärme und tiefer Geothermie basieren.

In **Chemnitz** könnten Luftwärmepumpen eingesetzt werden und in **Hamburg** wird die Nutzung einer hohen Anzahl verschiedener Potenziale unterstellt, um den sehr großen Bedarf in der Millionenstadt zu decken. „Die Herausforderungen beim Aus- und Umbau der Fernwärme variieren stark in Abhängigkeit der Abnehmer, der Struktur des vorhandenen Wärmenetzes und der Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Wärme“, so Ortner.

Der Ersatz der vorhandenen Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung ist eine Herausforderung, denn die großen Wärmemengen aus den Kohlekraftwerken sind nicht leicht zu ersetzen. Außerdem sind die vorhandenen Wärmenetze

technisch noch auf die hohen Temperaturen ausgelegt, die Kohlekraftwerke problemlos liefern können.

„Die Versorger sollten abschätzen, welche Erneuerbaren zukünftig die Wärme liefern werden und mit welchen Temperaturen die Fernwärmenetze langfristig betrieben werden sollen“, rät Susanne Ochse. Das helfe bei der strategischen Planung. „Eine Temperaturabsenkung ist nicht pauschal der Königsweg. Vor allem, wenn eine erhöhte Nachfrage nach Fernwärme es notwendig macht, die Transportkapazitäten der vorhandenen Leitungen optimal zu nutzen. Dann ist der Spielraum für Temperaturabsenkungen manchmal begrenzt.“

Möglichkeiten zur Dekarbonisierung von bestehenden Wärmenetzen

Die Fernwärmeerzeugung in Deutschland hängt heute noch zu etwa 80 % an fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle. Die Bundesregierung will, dass bis 2030 bereits 50 % der Wärme klimaneutral erzeugt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt die Studie ein „Erneuerbare-Wärme-Infrastrukturgesetz“ (EWG) mit folgenden Inhalten:

- **Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sollte gesetzlich garantiert werden. Diese Förderung stellt die wichtigste Säule für die schnelle Dekarbonisierung der Fernwärme dar und die erneuerbare Wärme sollte hier bessergestellt werden. Jahrzehntelange Transformationsprozesse benötigen Planungssicherheit.**
- **Neben einer garantierten Förderung über das BEW sind kurz-, mittel- und langfristige Anpassungen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)-Förderung notwendig, um die Dekarbonisierung von Wärmenetzen zu flankieren.** Kurz- und mittelfristig sind vor allem die begonnenen Bestrebungen zur Förderung innovativer Systeme aus KWK- und erneuerbarer Wärme sowie zur Vorbereitung auf den Einsatz synthetischer Brennstoffe fortzusetzen. Langfristig ist die BEW jedoch das geeignetere Förderinstrument für die Dekarbonisierung der

Wärmenetze; Anpassungen des KWKGs sollten daher aus einer stromseitigen Perspektive gedacht werden.

- **Die kommunale Wärmeplanung sollte zur Pflicht werden:** Damit wird für Wärmeversorger die Grundlage geschaffen, welche Stadtgebiete voraussichtlich zukünftig mit Fernwärme versorgt werden und wie Leitungsinfrastrukturen sich entwickeln sollen. Bei der Beschreibung des Wegs zur **treibhausgasneutralen Wärmeversorgung bis 2045** könnten die Kommunen planerische Herausforderungen dadurch rechtzeitig identifizieren.
- **Verbindliche Zwischenschritte sind festzuschreiben**, mit denen die Wärmenetzbetreiber die **Treibhausgasneutralität ihrer Netze bis 2045** erreichen. Sie sollen als Fahrpläne zur Dekarbonisierung im EWG vorgegeben werden. Diese sind eng mit den Transformationsplänen der BEW und der kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen.
- **Eine Planungsbeschleunigung für Großspeicher und Großwärmepumpen**, eine Pflicht zur Nutzung von Abwärme und die Möglichkeit, Umweltwärme etwa in Trinkwasser zu nutzen, würde neuen Techniken zum schnellen Durchbruch verhelfen.

Die Studie „**Dekarbonisierung von Energieinfrastrukturen – Ein politischer Unterstützungsrahmen für das Beispiel Wärmenetz**“ im Auftrag des Umweltbundesamtes wurde unter der Leitung des ifeu – Institut für Umwelt- und Energieforschung Heidelberg mit dem Hamburg Institut, der GEF Ingenieur AG und der AGFW-Projekt GmbH erstellt und ist unter folgendem Link downloadbar.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Zentraler Pressekontakt

presse@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 42

Wilckensstr. 3

69120 Heidelberg

Dr. Heiko Keller

heiko.keller@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 777

Nils Rettenmaier

nils.retttenmaier@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 24

Humanitäre Sicherheitspolitik: Grundlegender Umbau von Weltbank, IWF und Entwicklungsbanken wird benötigt

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Vor der Münchner Sicherheitskonferenz: Germanwatch fordert Bundesregierung auf, für Klimasicherheit Initiativen zur Reform der internationalen Finanzarchitektur engagiert zu unterstützen / Klima-Kipppunkte drohen überschritten zu werden: Immense sicherheitspolitische Folgen müssen jetzt angegangen werden

Berlin/München (15. Feb. 2023). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt, dass bei der am Freitag beginnenden Münchner Sicherheitskonferenz Klimasicherheit prominent auf der Agenda steht. „Eine falsch priorisierte Energie- und Klimapolitik ist ein immenses Risiko für die internationale Sicherheit. Öl und Gas schaffen aber auch darüber hinaus Sicherheitsrisiken. Das zeigt sich nirgends so deutlich wie aktuell im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der großteils mit den Milliarden aus Gas- und Ölexporten finanziert wird“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. Zentral ist ein globales Umlenken der Finanzströme weg von den Problemursachen hin zu den Lösungen. „Damit das Problem der Klimasicherheit bewältigbar bleibt, muss ein Vielfaches der bisherigen Summen für Klimaschutz und -anpassung sowie Schäden und Verluste insbesondere in den armen Ländern mobilisiert werden. Ein zentraler Baustein dafür ist eine umfassende Reform der internationalen Finanzarchitektur. Der Klimagipfel im ägyptischen Sharm El Scheich hat dazu den Startschuss gegeben.“

Neue Finanzquellen müssen für Klimasicherheit erschlossen werden

Klimasicherheit ist die Grundlage für ein gutes Leben der nächsten Generationen. Bei grundlegender Reform der Weltbank, des Weltwährungsfonds IWF und der Entwicklungsbanken könnte das notwendige Geld für den Umbau mobilisiert werden. Es geht um das Zehnfache der jährlich 100 Milliarden Dollar, um den Umbau des Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftssystems sowie die Anpassung an die schon jetzt nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise zu ermöglichen. „Dies sollte zugleich das partnerschaftliche Gegengewicht Europas und der G7 zu chinesischen und russischen Angeboten beispielsweise bei Kooperationen in Afrika, Lateinamerika oder Asien sein. Klimafinanzierung ist beste humanitäre Sicherheitspolitik,“ so Bals.

Klar ist: Um die Finanzierungslücke zu schließen sind neue innovative Finanzquellen notwendig. „Die Reform der internationalen Finanzarchitektur kann neue Billionen verfügbar machen, ohne die öffentlichen Haushalte zu belasten. Die Bundesregierung sollte sich hinter die Bridgetown-Initiative der Premierministerin von Barbados stellen, die es auch Ländern des globalen Südens ermöglichen würde, deutlich mehr Geld für Klimamaßnahmen zu bekommen und dies im Krisenfall auch sehr schnell. Was hierfür politisch und rechtlich erforderlich ist, müssen Bundesregierung und Bundesbank zügig ausloten“, fordert Bals.

Politisches Frühwarnsystem für Kipppunkte

Das 1,5-Grad-Limit für die globale Temperaturerhöhung ist kein Wunsch, sondern eine Grenze. Jenseits von ihr lauern massive Herausforderung für Mensch und Natur. Die Klimawissenschaft warnt: Einige Kipppunkte – etwa in Grönland und der Westantarktis – mit über die Zeit dramatischen Folgen für die Erhöhung des Meeresspiegels sind vermutlich bereits gerissen. Für andere Kipppunkte, die eine kaskadenhafte Verschärfung der Erderwärmung auslösen könnten, etwa der Kollaps des Amazonas Regenwaldes, steigt das Risiko zwischen 1,5 und 2 Grad immens. „Wenn wir die Augen davor verschließen, können immense humanitäre Sicherheitskrisen auf uns zukommen“, sagt Lisa Schultheiß, Referentin für Klimarisikomanagement bei Germanwatch. „Wir brauchen ein politisches Frühwarnsystem für Kipppunkte. Die Politik muss für jeden möglichen Kipppunkt konkrete, auf die Warnungen der Klimawissenschaft zugeschnittene Antworten entwickeln. Dieses Frühwarnsystem könnte als jährlicher Bericht die Lage der Kipppunkte und die Handlungsnotwendigkeiten der verschiedenen globalen und regionalen Institutionen – etwa für Katastrophenvorsorge, Ernährung, Gesundheit, Migration – adressieren.“

Hinweis für Redaktionen: Germanwatch wird am 16.02. eine Blogserie zu Kipppunkten und ihrem Einfluss auf die menschliche Sicherheit sowie Schäden und Verluste durch die

Klimakrise veröffentlichen (zunächst auf Englisch, die deutsche Übersetzung folgt).

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Stoppt das Töten! Start einer friedenspolitischen Online-Veranstaltungsreihe rund um den Krieg in der Ukraine, 14. Februar bis 29. März

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Pressemitteilung

Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“

14. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine zum ersten Mal. Um den inhaltlichen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich daraus für Friedensaktivist*innen und Antimilitarist*innen ergeben und um Antworten auf

brennende friedenspolitische Fragen zu finden, organisiert das zivilgesellschaftliche Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine!“ eine Online- Veranstaltungsreihe mit vorerst sechs Terminen vom 14. Februar bis 29. März. Durch das Programm führt Stephan Lindner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Kontakt: 0176-24342789.

Über diesen Link können Sie sich für die erste Veranstaltung heute um 19 Uhr anmelden. Für jede Veranstaltung wird ein neuer Link generiert, der auf der Webseite des Bündnisses veröffentlicht wird. Dort finden sie auch die Ankündigungstexte für die weiteren Veranstaltungen.

Dienstag, 14. Februar 2023, 19:00 Uhr, „Frieden schaffen mit weniger Waffen oder Nuklearkrieg – haben wir die Wahl?“ Wie ist die aktuelle Lage in der Ukraine zu beurteilen und welche Handlungsoptionen gibt es für Menschen in der Friedensbewegung? Mit Andreas Zumach (Journalist)

Mittwoch, 22. Februar 2023, 19:00 Uhr, Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung. Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen anhand von Beispielen aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern. Mit Christine Schweitzer (Geschäftsführerin Bund für Soziale Verteidigung)

Mittwoch, 1. März 2023, 19:00 Uhr, Rechte Vereinnahmungsversuche in der Friedensbewegung. Diskussion anhand konkreter Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. Mit Florian Gutsche (Bundesvorsitzender VVN-BdA)

Donnerstag, 16. März 2023, 19:00 Uhr, Deutsche Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine, Osteuropäische Perspektiven mehr wahrnehmen. Mit Christine Hoffmann (Generalsekretärin des pax christi – Deutsche Sektion e.V.), Elena Rother und Georg Hörnschemeyer (Mitglieder der pax christi-AG-Ost- und Mitteleuropa)

Dienstag, 21. März 2023, 19:00 Uhr, Innenpolitische Lage in

Russland und die Entwicklung in den letzten Jahren. Mit Vera Ammer (Mitglied im Vorstand von MEMORIAL Deutschland e. V.)

Mittwoch, 29. März 2023, 19:00 Uhr, Handlungsoptionen der deutschen Politik. Welche Möglichkeiten hat die deutsche Politik, um sich für Verhandlungen, einen Waffenstillstand und eine neue gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzusetzen? Mit Simon Bödecker (Referent für Öffentlichkeitsarbeit und atomare Abrüstung bei „Ohne Rüstung Leben“)

Das Bündnis ruft des Weiteren zu dem [Aktionswochenende „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“](#) vom 24. bis 26. Februar auf. Eine Liste der geplanten Aktionen finden Sie [hier](#).

Für Fragen und Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakte:

[Attac:](#) Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180714

[DFG-VK:](#) Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

[Netzwerk Friedenskooperative:](#) Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

[VVN-BdA:](#) Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Das Bündnis:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ohne Rüstung Leben | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

—

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009

Mehr Genuss, weniger Verpackung: burgerme setzt auf Vytal Nach erfolgreicher Testphase bundesweiter Launch des Mehrwegsystems

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



München, den 7. Februar 2023 Als eines der ersten Franchisesysteme hat burgerme bundesweit das Mehrwegsystem von

Vytal ausgerollt. Nach einer erfolgreichen Testphase in ausgewählten Stores in Berlin und Hannover bietet der Burger- und Delivery-Profi seit Januar an allen 144 burgerme-Standorten in Deutschland diese Mehrwegoption an. burgerme geht sogar noch einen Schritt weiter: Wer Mehrweg wählt, erhält bei burgerme sein gesamtes Menü in den Mehrwegbehältern von Vytal, obwohl burgerme nicht von der Mehrweg-pflicht betroffen ist. Denn die Verpackungen des Burger-Profis sind schon seit jeher aus umweltfreundlichem Papier.

„Wir wollen Mehrweg für alle – und das ohne Qualitätsverlust, einfach und ohne an der Preisschraube zu drehen. Vytal ist ein unkompliziertes digitales System mit pfandfreier Abwicklung. Nach dem erfolgreichen Test haben wir uns daher entschieden, die Mehrwegbehälter von Vytal an allen burgerme-Standorten in Deutschland anzubieten“, so Jens Hochhaus, CEO bei burgerme. Damit Burger und Pommes auch im Mehrwegbehälter immer heiß und schön knusprig bleiben, haben die beiden Partner eine spezielle Mehrweg-Burger-Box entwickelt. Dr. Tim Breker, Mitgründer von Vytal freut sich sehr über die Zusammenarbeit mit burgerme: „Seit einer Podiumsdiskussion mit Stephan Gschöderer, Gründer von burgerme, war es mein großer Wunsch, gemeinsam eine Premium-Mehrwegverpackung für Burger und Pommes anzubieten, die für Lieferessen ein optimales Geschmackserlebnis garantiert. Mit Vytal hat burgerme jetzt eine einfach nutzbare und messbar wirkungsvolle Verpackungslösung für seine Kunden.“

Wer bei burgerme bestellt, kann die Mehrweg-Option kostenfrei online nach einmaliger Registrierung bei Vytal (unter www.vytal.org oder in der Vytal App) auswählen. Innerhalb von 14 Tagen lassen sich die Mehrwegverpackungen in allen burgerme-Stores oder bei anderen Vytal-Partnern abgeben. „Der Bestell- und Abgabeprozess über die Vytal App ist sehr einfach und bedeutet kaum Mehraufwand – sowohl für unsere Kunden als auch für uns“, erklären die beiden Franchisepartner Gevorg Hovhannisyan und Aram Akopjan, die das Mehrwegsysteem

von Vytal an ihrem burgerme-Standort Berlin Rummelsburg getestet haben.

Die Brüder Ozan und Rezan Defli haben mit ihren burgerme-Stores in Hannover Südstadt und Hannover Linden ebenfalls an der Testphase teilgenommen: „Das Mehrwegsystem von Vytal wurde von unseren Kunden und Mitarbeitern sehr positiv aufgenommen. Wir als Unternehmer freuen uns sehr zusammen mit Vytal unseren Kunden auch Mehrweg als Verpackungsoption anzubieten.“ Die Option Mehrweg ist nach den E-Fahrzeugen sowie Rädern für die eigenen Kuriere und den Papierboxen die nächste wichtige Nachhaltigkeitsmaßnahme von burgerme. „Bereits an unseren Teststandorten konnten wir feststellen, dass Mehrweg nachgefragt wird. Wir sind überzeugt, dass in Zukunft noch mehr Kunden auf Mehrweg umsteigen“, bekräftigt Hochhaus.

Über burgerme

Erstklassige Burger und schneller Delivery-Service aus einer Hand, das ist die DNA von burgerme. „So schnell kann lecker sein“ ist die Erfolgsformel des Burger- & Liefer-Profis, der mit 166 Standorten in Deutschland und den Niederlanden sowie 117 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2022 weiter auf Erfolgskurs ist. Bis Ende des Jahres will burgerme auf insgesamt 200 Standorte wachsen.

Über die Vytal Global GmbH

Gegründet, um zu verändern: Vytal hat sich zum Ziel gesetzt, die weltweit führende Technologieplattform für Kreislaufwirtschaft und Mehrweg zu werden. Vytals ersetzen Einwegverpackungen und machen einen nachhaltigen, zukunftsorientierten Lebensstil für alle möglich. Mit der pfandfreien und digitalen Mehrweglösung bringt Vytal Gastronomen, Händlerinnen, Lieferdienste und andere Kooperationspartnerinnen mit Menschen zusammen, die Speisen und Getränke ohne unnötige Einwegverpackungen genießen möchten. Dafür kam das Unternehmen in der von Jung von Matt geführten Liste unter die Top 50 Startups 2022. Heute arbeiten europaweit rund 70 Mitarbeiterinnen für Vytal.

burgerme-Pressekontakt

Svenja König

Rosental 10

80331 München

T 00 49 89 23 23 62-0

F 00 49 89 23 23 62-20

presse@burgerme.de

www.burgerme.de

50 frische Schriften für „nachhaltige Botschaften“

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Freiburg, 16. November 2022. Frische, unverwechselbare Schriften für typisches “grünes” Design.

Die Schriftenmanufaktur „GreenFont“ hat 2022 über 50 frische Alphabete speziell für nachhaltige Botschaften und grüne Corporate Designs entwickelt – organisch, nicht immer

geradlinig, unverwechselbar. Alle Zeichen der „Berlin-Edition“ sind handgezeichnet und digitalisiert für digitale Medienproduktion und typisch für einen grünen Lifestyle.

Im GreenFont Online-Shop www.greenfont.de angeboten werden, neben den über 200 typischen „grünen“ Fonts, exklusiv die im goetheanistischen Stil entworfenen „Ro.Schriften“ des Grafikers und Malers Walther Roggenkamp.

Kontakt/Pressekontakt

GreenFont

Andreas Sauer, Grüne Helden

Sonnenbergstraße 15

79117 Freiburg i.Br.

mail@gruenehelden.de

Tel.: 0172-9760880

GreenFont und RoSchriften sind lizenzierte, digitale Schriftenprodukte von Andreas Sauer, Grüne Helden für die Nutzung auf dem Computern und für die Darstellung von Texten auf Internetseiten.

Die „Berlin Edition“ sind von Andreas Sauer neu entwickelte, zeitgemäße Schriften Typen für das typische Green Design. Dynamisch, handgezeichnet, einmalig. Einige Schriften basieren auf Entwürfen von Walther Roggenkamp aus den 60er Jahren.

Die neo-grünen Schriftdesigns sind nach den U- und S-Bahn-Stationen der Trendmetropole Berlin benannt.

Andreas Sauer – Green Designer, Schrift Designer und Illustrator studiert nach einer Berufsausbildung Freie Malerei und Grafik Design in Stuttgart und Freiburg. Er lernt u. a. bei Walther Roggenkamp das zeichnen von Schriften im „goetheanistischen“ Stil. Beim Ro.Schriftenprojekt „bildhafte Schriften“ (1988-1996) ist er hauptverantwortlich für die Entwicklung, Reinzeichnung und Digitalisierung. Andreas Sauer ist Inhaber der Agentur Grüne Helden (gegründet 1987).

Weltweiter Klimaskandal? Oder: wie Massenmedien den freiwilligen Klimaschutz gefährden. Oder: Wer ist Hannah?

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Teil 1: Die unerträglichen Versuche von „Die Zeit“ Unternehmen durch falsche Berichterstattung und einseitige Meinungsmache zu diffamieren.

Wiesbaden, 2. Februar 2023

Am 19. Januar 2023 erschien in der Zeit ein Artikel mit dem Thema „Der Klima-Betrug“. Da die Tragweite dieses Artikels sehr hoch ist und weltweit Unternehmen zum Erreichen ihrer (selbst gesteckten) Klimaziele auf Kompensation von CO₂ durch Klimaschutzprojekte setzen, möchten wir kurz Stellung dazu beziehen. Hauptthema des Artikels ist die Methode zur Berechnung von Waldschutzprojekten, die Verra u.a. zur Kompensation von CO₂-Emissionen anbietet. Der Artikel beruht jedoch nicht auf seriös recherchiertem und belegtem Journalismus, sondern hat die Intention, die Leser im Bereich

Klimaschutzprojekte negativ zu beeinflussen. Es wird von einem „freikaufen“ der Unternehmen gesprochen sowie einige Firmennamen genannt und in Verruf gebracht. Über die Notwendigkeit der Zusätzlichkeit in Klimaschutzprojekten sowie die Definition von Klimaneutralität wird nicht berichtet.

In unserer Stellungnahme werden die Behauptungen des Artikels aufgegriffen, um die Berichterstattung zu hinterfragen.

[Stellungnahme von Verra auf den Artikel im Guardian](#)

[Stellungnahme von Verra auf den Artikel in Die Zeit](#)

Gegenstand ist ein in Die Zeit, in der Rubrik Wirtschaft am 19. Januar 2023 erschienener Artikel mit dem Titelthema: Der Klima-Betrug. In Zusammenarbeit mit der britischen Tageszeitung The Guardian und des britischen Reporterpools SourceMaterial wird berichtet, dass vermeintlich über viele Jahre Zertifikate über den Klimaschutzstandard Verra ausgegeben wurden, die es nicht hätte geben dürfen. Die Methode, nach der die Projektbetreiber die CO₂-Einsparungen berechnet haben, sei fehlerhaft oder nicht geeignet. Auffällig ist, dass im Artikel der Zeit vermehrt Ausdrücke, wie scheinbar, offensichtlich, vermutlich, anzunehmen usw. verwendet und Expert*innen zitiert werden, die einerseits an der Entwicklung der Methode mitgewirkt haben, andererseits jedoch zu der Einsicht gekommen sind, dass die Methode ungeeignet sei, um die CO₂-Einsparung zu berechnen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass neu entwickelte Methodiken im Rahmen der Prüfung auch einer Public Consultation unterzogen werden. Hierbei wird jedem die Möglichkeit gegeben, vor Einführung einer Methodik begründete Einwände und Anmerkungen zu äußern.

Zugegebenermaßen können sich Berechnungsmethoden in der Praxis als ungeeignet erweisen. In dem Fall ist es Aufgabe des Klimaschutzstandards, im vorliegenden Fall von Verra, die Kritik aufzugreifen und die Methode zur Berechnung, falls

notwendig, anzupassen. Verra arbeitet bereits seit einem Jahr an einer Überarbeitung und Zusammenlegung der verschiedenen Methoden für Waldschutzprojekte.

Was ist wirklich der Sachverhalt des Artikels? Es werden Unternehmen angegriffen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, also per Gesetz oder Verordnung nicht verpflichtet sind CO₂-Emissionen auszugleichen, sich aber dennoch mit ihren eigenen Treibhausgasemissionen auseinandersetzen und die Möglichkeit des CO₂-Ausgleichs nutzen. Diesen Unternehmen wirft der Artikel vor, sich mit unseriösen Zertifikaten frei zu kaufen und in diesem Zug, so vermutet Die Zeit sogar, noch mehr CO₂ zu emittieren, da CO₂-Zertifikate wie ein Freifahrtschein fungieren könnten. Mit ihrem freiwilligen Engagement würden diese Unternehmen sogar noch die Klimakrise verstärken.

Wovon haben sich Unternehmen freigekauft?

Alle Unternehmen, die nicht dem verpflichtenden Emissionshandel unterliegen, können sich freiwillig im Klimaschutz engagieren. Das tun Unternehmen in der Regel mit der Erstellung einer Treibhausgasbilanz und dem anschließenden freiwilligen Ausgleich der nicht weiter reduzierbaren oder vermeidbaren Treibhausgasemissionen. Der Ausgleich der Treibhausgasemissionen erfolgt über den Ankauf und der verbindlichen Stilllegung von CO₂-Minderungszertifikaten, die für Klimaschutzprojekte von den Klimaschutzstandards (Gold Standard oder Verra) ausgegeben (den Klimaschutzprojekten zugeteilt) werden.

Der Artikel der Zeit suggeriert, dass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, verpflichtet wären, CO₂-Emissionen entweder zu vermeiden oder zu reduzieren oder im billigsten Fall über CO₂-Zertifikate auszugleichen. Wenn Unternehmen nicht verpflichtet sind, können sie sich auch nicht freikaufen.

Wer hat die CO2 Einsparung versprochen?

Das Themenfeld ist zugegebenermaßen komplex, sodass es eine intensive Einarbeitung erfordert, um zu verstehen, wie die Mechanismen funktionieren. Die Zeit selbst beschäftigt sich erst seit wenigen Jahren mit dem Themenkomplex Klimawandel, Klimaschutz und freiwilliges Engagement im Klimaschutz. Aus diesem Grund klären wir mit jahrelanger Expertise gerne auf und wollen etwas Licht in die vielen Schatten des Zeit Artikels bringen.

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass der freiwillige Klimaschutz das ist, was das Wort freiwillig (Definition Duden: aus eigenem freiem Willen geschehend; ohne Zwang ausgeführt) sagt. Es handelt sich um ein freiwilliges, unaufgefordertes Engagement. Unternehmen müssen sich nicht freikaufen oder etwas versprechen, was sie nicht halten, weil sie es nicht beeinflussen können.

Es existieren Klimaschutzstandards, wie beispielsweise der Gold Standard oder der VCS (Verified Carbon Standard), welche weder staatlich organisiert noch einer staatlichen Kontrolle unterlegen sind. Ziel beider Organisationen ist es, Kriterien zu entwickeln, nach denen sich Projekte (Klimaschutzprojekte) zertifizieren lassen können, wenn sie Kriterien und Regeln der Klimaschutzstandards erfüllen. Angehende Klimaschutzprojekte müssen zunächst durch die Einreichung von Unterlagen (Projekt Design Dokumentation – kurz PDD) bei den Klimaschutzstandards beurteilt werden. Klimaschutzstandards prüfen in dieser Projektphase die Dokumentationen, um festzustellen, ob aus den eingereichten Unterlagen ersichtlich ist, dass das angehende Klimaschutzprojekt überhaupt in der Lage ist, die Kriterien und Regeln des Klimaschutzstandards zu erfüllen. Kommt der Klimaschutzstandard nach Prüfung der Unterlagen zu der Folgerung, dass die eingereichten Unterlagen plausibel sind und das angehende Klimaschutzprojekt die Anforderungen erfüllt, erfolgt der nächste Schritt.

Überprüfung der Klimaschutzprojekte vor Ort

In dieser Phase werden die angehenden Klimaschutzprojekte vor Ort von durch Zertifizierungsstellen zugelassenen Prüfer*innen und Auditor*innen überprüft. Es wird bei der Prüfung nicht nur die angewendete Methode zur Berechnung der CO₂-Bindung oder Vermeidung überprüft, sondern auch zahlreiche andere Kriterien der Klimaschutzstandards.

Ein immer wieder diskutiertes Kriterium ist die Zusätzlichkeit. Dieser Begriff bedeutet, dass das Projekt nur durch den zusätzlichen Verkauf von Zertifikaten umgesetzt werden kann. Ferner werden je nach Projektart (Wind, Wasser, Solar, Biomasse, Kochofen, Wasser, Aufforstung oder Waldschutz) zahlreiche weitere Kriterien und Regeln auf deren Einhaltung hin überprüft. Erfüllt ein Projekt alle vom Klimaschutzstandard vorgegebenen Kriterien und dies wird bei der Prüfung vor Ort bestätigt, wird das Klimaschutzprojekt zertifiziert. Daraufhin erhält das Projekt gemäß der Berechnung die entsprechenden Zertifikate. Dies geschieht aber erst nach Bindung oder Vermeidung, in Abhängigkeit vom Projekttyp. Alle Dokumente, welche die Projektbeschreibung mit den ausführlichen Berechnungen, das Basisszenario sowie alle Prüfprotokolle des Zertifizierers beinhalten, sind öffentlich einsehbar

Klimaschutzprojekte unterliegen einer regelmäßigen vor Ort Prüfung

Klimaschutzprojekte werden in von der Projektart abhängigen Zeitabständen regelmäßig vor Ort auf Einhaltung von Kriterien und Regeln von Prüfer*innen kontrolliert. Die Methode zur Berechnung der CO₂-Bindung oder Vermeidung wird nicht erneut begutachtet, da dies bereits zur Erstzertifizierung vom Klimaschutzstandard überprüft wurde und sich im Laufe des Projektes nicht ändert. Die tatsächlich gebundene oder vermiedene Menge an CO₂-Emissionen wird jedoch regelmäßig geprüft.

Wer hat die CO2 Einsparung versprochen?

Auch an dieser Stelle suggeriert die Sub-Headline des Zeit Artikels, dass Unternehmen, die mit Zertifikaten nicht reduzierbare oder vermeidbare CO2-Emissionen ausgleichen, sich freikaufen und diese Zertifikate weniger CO2 einsparen als man kommuniziert.

Diese Äußerung der Zeitung ist anmaßend und soll die Leser empören, sodass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, unsachlich kritisiert werden. Der Artikel der Zeit zieht nicht in Erwägung, dass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz einsetzen, ihre emittierte CO2-Emission lediglich durch einen Standard zugeteilte Zertifikate ausgleichen.

Ungeeignete Methoden zur Berechnung von CO2-Einsparung

Der ganze Artikel konzentriert sich im Wesentlichen darauf, dass es bei Verra u.a. eine von vielen Methoden zur Berechnung von CO2-Einsparung bei Waldschutzprojekten gibt, die scheinbar zu einer größeren Zuteilungsmenge von Zertifikaten führt. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, ist es die Aufgabe des Klimaschutzstandards Verra, dem nachzugehen und die Methode zu verändern.

Unternehmen, die Verra zertifizierte Waldschutzzertifikate gekauft haben oder kaufen, kann auch von Seiten der Zeit kein Vorwurf gemacht werden.

Profilierungsversuch auf Kosten der Schwächsten

Die Intention des Zeit Artikels ist aufhetzend und provozierend, sodass die Absicht der Journalist*innen hinterfragt werden sollte. Die Journalistin Hannah Knuth ist allerdings nicht die einzigen Pressevertreter*in, die seit Jahren gegen ein Engagement im freiwilligen Klimaschutz schreiben. Ein weiteres Beispiel ist die [WirtschaftsWoche](#), die den Sachverhalt von Klimaschutzprojekten nicht erkennt sowie

unwissend über den Mechanismus der Klimaneutralität bzw. wie Klimaneutralität definiert wird, ist (IPCC).

Carbon neutral or Net zero emissions
(<https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/glossary/>)

Laut IPCC heißt klimaneutral oder das Erreichen von Netto-Null-Emissionen, dass die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre durch den anthropogenen Abbau über einen bestimmten Zeitraum ausgeglichen sind. Da viele Unternehmen zur Erlangung der Klimaneutralität nicht auf unternehmenseigene Biogene CO₂-Senken zurückgreifen können, gibt es den Mechanismus der Kompensation.

Der Mechanismus der Kompensation geht zurück auf das Kyoto-Protokoll und den Artikel 12 – umweltverträgliche Entwicklung – Clean Development Mechanism.

Hier heißt es in Absatz 2:

„Zweck des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung ist es, die nicht in Anlage I aufgeführten Vertragsparteien (Anm.: die Entwicklungs- und Schwellenländer) dabei zu unterstützen, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen und zum Endziel des Übereinkommens beizutragen, und die in Anlage I aufgeführten Vertragsparteien dabei zu unterstützen, die Erfüllung ihrer quantifizierten Emissionsbegrenzungs- und -reduktionsverpflichtungen aus Artikel 3 zu erreichen.“

Was erwarten wir von gutem Journalismus

Guten Journalismus zeichnet ein Artikel aus, der auf umfangreicher und wissenschaftlicher Recherche beruht und mit Fakten und Daten belegt ist sowie dass sich die Autor*innen über die Tragweite eines Artikels in einer Zeitung mit hoher Auflagenanzahl bewusst sind. Dies trifft auf den Artikel der Zeit leider nicht zu.

Aber was sind die Fakten? Fakt ist, dass seit über 30 Jahren

Klimapolitik betrieben wird und die jährlichen Treibhausgas-Emissionen noch immer steigen (IPCC AR6 WG III: https://report.ipcc.ch/ar6wg3/pdf/IPCC_AR6_WGIII_FinalDraft_FullReport.pdf).

Es herrscht mit dem globalen Anstieg ein globales Problem. Ein Problem, welches die Politik allein nicht lösen kann – zumindest nicht in der Zeit, die für ein potenziell erträgliches Zukunftsszenario bleibt. Fakt ist, dass gerade Entwicklungs- und Schwellenländer einen steigenden Einfluss auf die weltweiten Treibhausgas-Emissionen haben und hier somit ein wichtiger Hebel sind. Schon mit dem Kyoto-Protokoll wurde daher der CDM-Mechanismus eingeführt. Kompensationen aus dem freiwilligen Markt gewannen hier in der nahen Vergangenheit mehr und mehr an Bedeutung. Tatsache ist außerdem, dass zertifizierte Klimaschutzprojekte für die Erfüllung der Standards umfangreiche Projektdokumentationen einreichen müssen, welche neben den vor Ort Audits geprüft werden. Die Kriterienkataloge sind umfangreich und die Methodiken häufig komplex. Gegebenheiten in Projekten sind oft individuell. Standards und Normen sind daher in stetiger Entwicklung, um auf neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft zu reagieren. Um die vor uns liegende Aufgabe – Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen – zu schaffen, werden globale Anstrengungen in allen Bereichen benötigt. Essenziell sind Reduktions- und Vermeidungsstrategien aber auch Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Was ist die Intension des Artikels/ der Artikelreihe

Veröffentlicht wurde der Artikel in der Reihe „Der Klimabetrug“. Es wird suggeriert, man sei einem systematischen Betrug auf die Spur gekommen, aber es geht in keinem der Artikel darum, eine objektive Sicht auf die Dinge zu liefern. In den Artikeln werden nur Negativszenarien aufgegriffen (Blumenstraußartikel) oder Expert*innen mit fragwürdigen Methodiken herangezogen (Stellungsname VERRA). Mit der Zielsetzung, die Auflage zu erhöhen oder Klicks zu steigern,

um sich zu profilieren. Objektiv gesehen war es zu keinem Zeitpunkt Ziel, sich ernsthaft mit der Thematik „Klimaneutralität und dem Mechanismus der Kompensation“ auseinanderzusetzen oder diesen zu verstehen. Es wird suggeriert, dass alle Beteiligten unseriös handeln und vorsätzlich anderen einen Schaden zufügen. Potenzieller Verlierer sind am Ende aber Projekte in Entwicklungsländern, welche keine Unterstützung mehr erhalten, weil sich Unternehmen aus dem freiwilligen Engagement zurückziehen. Wer fügt hier also wem vorsätzlich und durch einseitige und verdrehte Berichterstattung Schaden zu – der unseriöse Journalismus?

Fazit: Die Zeit kann das Rad der Veränderung nicht zurückdrehen. Wir sehen, dass Unternehmen sich auch weiterhin engagieren und den Sinn von Klimaschutzprojekten erkannt haben. Unternehmen, die sich aufgrund solcher Berichterstattung öffentlichkeitswirksam aus einem Engagement im freiwilligen Klimaschutz zurückziehen, wie dies zum Beispiel die [Drogeriemarktkette Rossmann](#) tut, entscheiden dies vermutlich aus anderen Gründen. Diesen Unternehmen hat Die Zeit einen Bärendienst erwiesen. Zum Glück sind diese Unternehmen in der Minderheit.

Über die natureOffice GmbH

Als inhabergeführte Klimaschutzagentur unterstützt die natureOffice GmbH Unternehmen rund um Ihre Klimaschutzstrategie. Sie erstellt fundierte Klima-Bilanzen nach internationalem Standard und findet passend Klimaschutzprojekte für den Treibhausgas-Ausgleich. Die online gestützten Prozesse setzen Standards, die die Kunden zu schätzen wissen. Mit eigenen Klimaschutzprojekten lebt natureOffice die eigene Auffassung von Klimaschutz und sozialem Engagement in den Schwellenländern.

www.natureOffice.de

Pressekontakt

Andreas Weckwert
Geschäftsführer

Telefon +49 69 173 20 20 0
E-Mail info@natureoffice.com